

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Welchen Kulturbegriff vertreten Sie in Ihrem Wahlprogramm und was ist dahingehend aus Ihrer Perspektive für Mecklenburg-Vorpommern in besonderer Weise prägend?	Die Linke Mecklenburg-Vorpommern vertritt einen weiten, demokratischen Kulturbegriff. Kultur verstehen wir als öffentliche Daseinsvorsorge, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Demokratietarbeit. Kunst und Kultur schaffen Räume für Austausch, Kritik, Fantasie und Begegnung und müssen allen Menschen offenstehen – unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Wohnort. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1–2; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1) Für Mecklenburg-Vorpommern ist dabei besonders prägend, dass wir ein Flächenland mit starken ländlichen Räumen sind. Kulturorte wie Theater, Bibliotheken, Museen, soziokulturelle Zentren oder Vereine sind gerade hier wichtige Orte der Begegnung, Bildung und demokratischen Teilhabe. Deshalb setzen wir uns für eine verlässliche Kulturförderung im ganzen Land ein, damit kulturelle Angebote nicht von der Finanzkraft einzelner Kommunen abhängen. (Quelle: „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52; „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 4–5)	Wir vertreten einen ganzheitlichen und wertorientierten Kulturbegriff. Kultur sehen wir als essenziellen Bestandteil der öffentlichem Daseinsvorsorge, der professionelle Kunst ebenso umfasst wie Breitenkultur, kulturelle Bildung, Erinnerungskultur, soziokulturelle Arbeit und kulturelles Ehrenamt. Kultur gehört für uns zum freien und offenen Zusammenleben, stärkt Lebensqualität und Teilhabe und ist in Mecklenburg-Vorpommern in Stadt und Land gleichermaßen prägend. Prägend für Mecklenburg-Vorpommern ist aus unserer Sicht die kulturelle Vielfalt in Stadt und Land, die enge Verbindung von Kultur, regionaler Identität und demokratischem Zusammenhalt sowie die besondere Bedeutung kultureller Orte in der Fläche. Wir sind die Bewahrung der niederdeutschen Sprache sowie des materiellen und immateriellen Kulturerbes (z. B. die Freester Fischerteppiche). Genauso wie unser maritimes Erbe unser Land prägt, genauso wie das baukulturelle Erbe, mit unserer reichen Schlösser- und Denkmallandschaft.	Wir vertreten einen weiten Kulturbegriff mit breiter interkultureller Vielfalt, der inkludiert denkt und lebendige Demokratie fördert. Auch abseits der großen Städte braucht es im Flächenland MV eine verlässlich geförderte kulturelle Infrastruktur, die Teilhabe ermöglicht und Sichtbarkeit erzeugt.	Für die FDP sind Kunst und Kultur Ausdruck einer offenen und freien Gesellschaft. Sie leben von Vielfalt, Wettbewerb der Ideen und der Kreativität, schöpferischen Kraft und Initiative der Kunst- und Kulturschaffenden und der gesamten Kreativwirtschaft - nicht von staatlicher Bevormundung. Kulturpolitik soll ermöglichen, nicht erziehen; sie soll Rahmen setzen, nicht Inhalte vorgeben. Mecklenburg-Vorpommern ist geprägt von einer reichen Kulturlandschaft und vielfältigen kulturellen Angeboten. Historisch gewachsene Orte, kulturelles Erbe und neues kreatives Schaffen tragen wesentlich zur Identität und Attraktivität unseres Landes bei. Für die FDP ist klar: Kultur ist kein schmückendes Beiwerk, sondern ein lebendiger Teil unseres Gemeinwesens und ein wichtiger Standortfaktor für Lebensqualität, Tourismus und Zuzug.	nicht beantwortet	Kultur ist und wird geprägt durch heimatverbundenes Brauchtum, die Traditionen, die Sprache, die europäisch-abendländisch basierten Werte und durch regionstypische Landschafts- und Ortsbilder – all das schafft Identität. Die gemeinsame Kulturgeschichte, die vielen archäologischen Bodendenkmäler und Baudenkmäler sind besonders prägend für M-V und verdienen mehr Beachtung.
Welche Rolle spielt Kunstfreiheit für Sie und wie können Kultureinrichtungen vor politischer Einflussnahme geschützt werden?	Der Kampf gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Nationalismus ist ein unverrückbares Fundament linker Kulturpolitik. Die Kunstfreiheit ist für Die Linke ein zentrales Grundrecht und eine Lehre aus der Geschichte. Kunst muss frei von politischer Einflussnahme, Zensur und ideologischer Steuerung sein. Sie darf auch unbequem sein, Kritik üben und gesellschaftliche Debatten anstoßen. Deshalb lehnen wir es ab, Kunst allein nach Marktlogik, politischer Opportunität oder Besucherzahlen zu bewerten. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01“, S. 55) Kultur kann nur dann wirklich frei sein, wenn ihre materiellen Voraussetzungen gesichert sind. Solange Kulturschaffende in prekären Abhängigkeiten leben, bleibt echte Kunstfreiheit eine Illusion. Wir kämpfen deshalb für gute, existenzsichernde Arbeit und soziale Garantien als Standard im gesamten Kultursektor. Deshalb setzen wir uns für verlässliche und mehrjährige Förderstrukturen ein. Theater, freie Träger, Jugendkunstschulen, Museen, Bibliotheken, soziokulturelle Zentren und Kulturvereine brauchen Planungssicherheit. Öffentliche Förderung darf nur fließen, wenn verbindliche Basis honorare und faire Vergütungsstandards eingehalten werden. (Quelle: Grundsatzpapier der kulturellen Emanzipation – Grundsätze und Strategien, S. 1,2; Bundesarbeitsgemeinschaft ständige kulturpolitische Konferenz)	Kunst ist frei, und die SPD MV bekennt sich dazu, diese Freiheit gegen jede Form von Einschränkung, insbesondere durch „Demokratie- und Vielfaltsfeinde“, zu verteidigen. Kultur wird als Mittel gegen Ausgrenzung, Hass und Extremismus gesehen. Kultureinrichtungen müssen vor parteipolitischer Einflussnahme, Einschüchterung und ideologischer Vereinnahmung geschützt werden. Gerade weil freie Kultur zunehmend von Demokratie- und Vielfaltsfeinden unter Druck gesetzt wird, braucht es verlässliche Schutzräume und politische Klarheit. Dazu gehören verlässliche Förderstrukturen, transparente Verfahren und der Respekt vor fachlicher Unabhängigkeit. Die „Kulturpolitischen Leitlinien“ dienen hierbei als Schutzschild, da sie auf einem breiten Konsens zwischen Kulturschaffenden, Politik und Verwaltung basieren. Zudem sichert der Theaterpakt die finanzielle und künstlerische Unabhängigkeit der Mehrspartentheater langfristig ab und schützt sie vor kurzfristigen politischen Haushaltsentscheidungen.	Die Kunstfreiheit hat Verfassungsrang und muss allein deshalb vor allen Versuchen politischer Einflussnahme geschützt werden. Die Resilienz von Kultureinrichtungen gegenüber Angriffen auf ihre Autonomie bemisst sich sowohl im Schutz durch den demokratischen Rechtsstaat als auch im Agieren einer aufgeklärten Bürger*innengesellschaft vor Ort.	Die Freiheit von Kunst und Kultur ist ein Wesenskern der liberalen Demokratie. Für die FDP ist klar: Kunst darf und muss provozieren, irritieren, widersprechen und gesellschaftliche Konflikte sichtbar machen. Kultureinrichtungen dürfen deshalb nicht zum Instrument parteipolitischer Einflussnahme werden. Staatliche Kulturförderung darf weder von ideologischer Nähe noch von politischen Opportunitäten abhängig gemacht werden. Um Kulturinstitutionen wirksam zu schützen, braucht es transparente und nachvollziehbare Förderverfahren, unabhängige Fachjurys, klare Ordnungsrahmen für Leitung und Aufsicht öffentlicher Einrichtungen sowie fremdvergleichskonformen Prinzipien zwischen Politik und Förderentscheidungen. Ebenso wichtig sind die institutionelle Absicherung der Kunst und der Wissenschaft sowie langfristige Förderperspektiven statt kurzfristiger politischer Steuerung. Förderentscheidungen sollten grundsätzlich auf Grundlage fachlicher Expertise und qualitativer Kriterien getroffen werden. Darüber hinaus müssen Kulturorte als Räume demokratischer Debatte geschützt werden. Angriffe, Einschüchterungen oder politische Kampagnen gegen Kulturschaffende dürfen nicht zu einer Einschränkung kultureller Freiheit führen.	nicht beantwortet	Aus unserer Sicht sind Kunstschaffende in ihrer Kunstfreiheit gut geschützt durch das GG Art. 5 Abs. 3. Den damit verknüpften Erwartungen an die Künstler, wie die Zuordnung ihrer Kunst in eine der gesellschaftlich anerkannt gültigen Kategorien, wie z. B. Malerei, Tanz, Theater, Bildhauerei, Schriftstellerei, Musik u.a. ist natürlich zu entsprechen. Ebenso braucht es keine (politischen) Eingriffe, solange Kunstwerke keine breite gesellschaftliche Anstößigkeit auslösen und die Persönlichkeitsrechte Dritter nicht angegriffen werden.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Welche kulturpolitischen Zielstellungen verfolgen Sie in Ihrem Wahlprogramm; mit welchen Maßnahmen sollen diese umgesetzt werden und wo sehen Sie besondere Potenziale?	Die Linke Mecklenburg-Vorpommern verfolgt das Ziel, Kultur als öffentliche Daseinsvorsorge dauerhaft zu sichern, kulturelle Teilhabe zu stärken und die Vielfalt der Kulturlandschaft im ganzen Land zu erhalten. Kultur soll unabhängig von Einkommen, Wohnort oder sozialer Herkunft für alle zugänglich sein und als demokratischer Begegnungsraum wirken. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1–2; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52) Zur Umsetzung wollen wir ein Kulturfördergesetz einführen, Kultur als verbindliche öffentliche Aufgabe absichern und verlässliche, mehrjährige Förderstrukturen schaffen. Zudem setzen wir auf faire Honorare für Kulturschaffende, die Stärkung kultureller Bildung, den Erhalt von Kulturorten wie Theatern, Bibliotheken und soziokulturellen Zentren sowie eine bessere Unterstützung der Kommunen – insbesondere im ländlichen Raum. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–5; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1–2) Besondere Potenziale sehen wir in Mecklenburg-Vorpommern vor allem in der starken kulturellen Vielfalt zwischen Stadt und Land, im ehrenamtlichen Engagement, in der Film- und Erinnerungskultur sowie in der stärkeren Nutzung kultureller Orte als Räume demokratischer Teilhabe. Auch der Ostseeraum und internationale Kooperationen bieten Chancen für kulturellen Austausch und regionale Entwicklung. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 4–5; „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“)	Die zentralen Zielstellungen sind die Sicherung der kulturellen Teilhabe für alle, die Stärkung der Infrastruktur und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen. Dazu zählt die Dynamisierung der Kulturförderung und eine Erhöhung der Mittel für die allgemeine Kulturförderung. Auch die faire Bezahlung: Einführung und Sicherstellung von Mindesthonoraren für freie Künstlerinnen und Künstler sowie die Förderung von Ausstellungshonoraren. Wir wollen die Digitalisierungsagenda für den Kulturbereich umsetzen, um den Zugang zu Kulturgütern zu erleichtern und Förderverfahren zu entbürokratisieren. Besonderer Bedarf besteht bei der Schaffung einer eigenen Gesetzesgrundlage zur Untersetzung des Staatsziels Kultur. Damit u.a. eine verbindliche und dauerhafte Förderung der Musik- und Jugendkunstschule möglich ist.	(Siehe auch ergänzend Frage 4 und das komplette Kulturkapitel des Landtags-Wahlprogrammes 2026 von Bündnis 90/Die Grünen MV) Wir wollen eine lebendige Kulturszene und mehr kulturellen Austausch in MV, indem wir mehr Geld für Festivals, Konzerte und Ausstellungen bereitstellen. Durch eine bessere Landesförderung unterstützen wir Künstler*innen und Kulturschaffende. Kulturelle Bildungs- und Begegnungsorte möchten wir erhalten und öffnen. Kinos, Bibliotheken, Musik- und Kunsthochschulen, Kunstvereine sowie soziokulturelle Einrichtungen müssen insbesondere in den ländlichen Regionen gesichert werden – als kulturelle Grundversorgung, aber auch als Treffpunkte und Orte des Austauschs. Dafür sollen soziokulturelle Begegnungs- und Bildungsorte in die institutionelle Förderung aufgenommen werden. Dies sichert ihr unabhängiges und freies Wirken. Zur Unterstützung der Einwerbung von Fördermitteln braucht es auch einen Eigenmittel- und Liquiditätsfonds. Spartenübergreifende Veranstaltungen (wie zum Beispiel Konzerten, Festivals, Workshops, kultureller Bildung, Netzwerkveranstaltungen) möchten wir besonders durch Förderung von Personalstellen unterstützen.	Wir Freie Demokraten wollen als verlässlicher Partner die regionale und kommunale Kulturpolitik unterstützen. Den Bürokratieaufwand wollen wir bei der Kulturförderung nach Möglichkeit reduzieren, um den Künstlern und Künstlerinnen und allen Kulturschaffenden mehr Raum für ihre eigentliche kulturelle Arbeit zu geben. Wir sehen die Förderung von Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen nicht allein als staatliche Aufgabe, sondern wollen auch die private Unterstützung fördern. Konkret werden wir die Festivallandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei der Umsetzung ihrer Konzepte unterstützen und erkennen die Club- und Festivalkultur in unserem Land als Teil unserer Kultur- und Kreativwirtschaft an. Zum Erhalt unserer reichen Kulturlandschaft und zur Bündelung, Vernetzung und besseren Vermarktung des vielfältigen kulturellen Angebotes wollen wir fünf Kulturtrassen aller Kulturangebote initiieren mit 1. Mecklenburg-Schwerin: Wismar, Schwerin, Ludwigslust; 2. Mittleres Mecklenburg: Bad Doberan, Rostock, Schwaan, Güstrow; 3. Mecklenburg-Strelitz: Neustrelitz, Neubrandenburg, Hohenziehritz, Mirow, Waren; 4. Vorpommern: Barth/ Putbus auf Rügen, Stralsund, Greifswald, Anklam, Pasewalk; 5. Querachse: Lübeck, Bad Kleinen, Bützow, Güstrow, Teterow, Malchin, Pasewalk, Stettin Wir Freie Demokraten wollen mit der Initiative „Kultur ist Bildung“ erreichen, dass Museen, Theater, Bibliotheken, Literaturhäuser oder Archive und das Filmzentrum nicht nur der Aufbewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes dienen, sondern entscheidende Orte für das lebenslange Lernen sind. Wir Freie Demokraten wollen eine Umstellung auf leistungsbezogene, dynamische Förderung aller Kulturinstitutionen anstreben. Alle Leistungen, die der Staat haben will, muss er bezahlen. Wir werden klar definieren, welche Leistungen wir erwarten und dies dann marktgerecht bezahlen.	nicht beantwortet	Elementares kulturpolitisches Ziel ist eine Stärkung der kulturellen Identität der Menschen mit ihrem Land Mecklenburg-Vorpommern. Landestypisches Brauchtum (Tanz; niederdeutsche Volkskunst und plattdeutsche Sprache) sollen sichtbarer werden. Wir stehen zum Theaterpakt MV und wollen das Angebot qualitativ und die Standorte sicherstellen. Um die reichen archäologischen Funde der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, stehen wir zur Errichtung eines landesarchäologischen Museums, in pragmatischer und kosteneffizienter Ausführung. Insbesondere die historische Bausubstanz (Baudenkmäler) von Siedlungshäusern, Bauernhöfen, Gutshäusern und historischen Stadthäusern soll vor dem Verfall bewahrt bleiben. Dazu sollen die Gemeinden mehr Eingriffsrechte erhalten, mehr Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt werden und das zuständige LAKD personell stärker aufgestellt werden.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
				Dabei werden staatliche, öffentlich-rechtliche, kommunale und private Anbieter gleichbehandelt. Dazu gehört für uns auch, alle Formen nichtstaatlicher Finanzierung kultureller Projekte durch professionelle Beratung, wie z.B. Fundraising, Crowdfunding, Stiftungen, Mäzenatentum, zu unterstützen. Bei geeigneten Projekten werden wir eine Co-Finanzierung durch das Land ermöglichen. Eine Initiative zur Nachwuchsförderung wollen wir ins Leben rufen. Die Hochschule für Musik und Theater in Rostock, der Fachbereich Gestaltung an der Hochschule Wismar und das Kunstinstitut an der Universität Greifswald sind Entwicklungskerne für ein reiches Kulturleben. Wir Freie Demokraten haben den Ehrgeiz, dass auch in Zukunft junge Künstler, Designerinnen, Musikerinnen oder Schauspieler, Musik- und Kunstlehrer in unserem Land heranwachsen können. Ganz konkret setzen wir uns für die Errichtung einer Landesmusikakademie ein, die beispielsweise im traditionsträchtigen und gut angeschlossenen Schloss Gadebusch eine Bleibe finden könnte. Für uns Freie Demokraten ist die Kultur der Zukunft auch digital, innovativ und grenzenlos. Neue Technologien eröffnen völlig neue Wege für künstlerisches Schaffen, für Teilhabe und für den Zugang zu Kultur – unabhängig von Ort, Zeit oder Herkunft. Deshalb wollen wir ein kreatives „Kulturökosystem“ schaffen und eine kreative Gründerszene fördern. Basis für eine vielfältige Kulturszene, für Fördervereine, Sponsoring Stiftungen usw. ist eine lebendige Gesellschaft mit engagierten, ortsansässigen Unternehmern, Handwerkerinnen, Freiberuflern oder Künstlerinnen. Wir sehen Chancen für die Entwicklung unseres Landes als Standort der Kultur- und Kreativwirtschaft durch eine flächendeckende Breitbandversorgung für einen schnellen Internetzugang. Dazu gehören für uns auch die Filmwirtschaft und alle wirtschaftlichen Möglichkeiten, die sich durch sogenannte neue Medien entwickeln lassen.		

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Die “Kulturpolitischen Leitlinien” - als Grundlage einer konzeptbasierten Kulturpolitik in MV wurden gemeinsam von Kultur, Politik, Verwaltung und Kommunen erarbeitet und liegen in gemeinsamer Verantwortung. a) Wie bewerten Sie den Status der Umsetzung der Handlungsempfehlungen durch Verwaltung, Kommunen, Landesverbände und Kulturnetzwerke? b) Sehen Sie sich weiterhin an die Umsetzung gebunden und wie möchten Sie die Leitlinien und Maßnahmen weiterentwickeln? c) In welchen Feldern (welche Leitlinie) sehen Sie besonderen Handlungsbedarf?	a) Die in Mecklenburg-Vorpommern gemeinsam entwickelten kulturpolitischen Handlungsempfehlungen bewerten wir als wichtige Grundlage für eine abgestimmte Kulturentwicklung. Positiv sehen wir, dass sich vielerorts belastbare Netzwerke zwischen Kulturakteuren, Kommunen und Verwaltung entwickelt haben und regionale Kooperationen gestärkt wurden. Gleichzeitig bestehen weiterhin deutliche Unterschiede zwischen finanzstarken und finanzschwachen Regionen sowie zwischen urbanen und ländlichen Räumen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1–2; „Koalitionsvertrag SPD–DIE LINKE MV 2021–2026“, S. 52) Aus linker Sicht zeigt sich insbesondere bei verlässlicher Finanzierung, langfristiger Planungssicherheit und struktureller Absicherung kultureller Angebote weiterhin erheblicher Handlungsbedarf. Kulturförderung hängt vielerorts noch zu stark von Haushaltslagen, befristeten Projekten und kommunaler Finanzkraft ab. Gerade im ländlichen Raum erschwert dies eine nachhaltige Umsetzung gemeinsamer kulturpolitischer Ziele. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 52) Deshalb setzen wir auf eine stärkere gemeinsame Verantwortung von Land, Kommunen und kulturellen Netzwerken, unterlegt durch verlässliche Förderstrukturen, ein Kulturfördergesetz und mehrjährige Finanzierungsperspektiven. Nur so können Handlungsempfehlungen auch dauerhaft umgesetzt werden. (Quelle: „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1–2; „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2) b) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern sieht sich weiterhin an die gemeinsam entwickelten kulturpolitischen Leitlinien und Handlungsempfehlungen gebunden. Wir verstehen wir sie als wichtige Grundlage für eine verlässliche und kooperative Kulturpolitik. Kulturentwicklung gelingt aus unserer Sicht nur gemeinsam und in kontinuierlichem Austausch mit den Kulturschaffenden vor Ort. (Quelle: „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“; „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1–2)	a. Die Kulturpolitischen Leitlinien bleiben aus unserer Sicht ein wichtiger Orientierungsrahmen. In der Umsetzung gibt es Fortschritte, zugleich aber weiterhin deutliche Unterschiede zwischen Anspruch und Realität. b. Ja, wir sehen uns weiterhin an die Leitlinien gebunden. Sie sollten fortgeschrieben und dort konkretisiert werden, wo neue Herausforderungen hinzugekommen sind. c. Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei verlässlicher Finanzierung, fairen Arbeitsbedingungen, kultureller Teilhabe, kultureller Bildung und der Stärkung kultureller Infrastruktur in ländlichen Räumen. Wichtig sind uns stabile und berechenbare Förderstrukturen.	a) Die Leitlinien sind bei Weitem nicht umgesetzt, nicht einmal das Land hat seine Hausaufgaben gemacht. Die Kommunikation muss sich verbessern, verlässliche Dialogformate auch abseits der Landeskulturkonferenz müssen verstärkt etabliert und genutzt werden. b) Die Leitlinien sind im August 2020 veröffentlicht worden, der Prozess ihrer Erarbeitung umfasste die Dekade zuvor und fand zur Corona-Zeit statt. Als Zielpapier kann es Orientierung geben, eine Novellierung/Fortschreibung mit wissenschaftsbasierter Evaluation ist geboten. Auf Basis der kulturpolitischen Leitlinien wollen wir Bündnisgrüne MV gemeinsam mit Kulturschaffenden ein Kulturgesetz entwickeln, das für verlässliche Förderung, starke Regionen und einen Ausgleich steigender Kosten sorgt. Damit sollen unsere Kulturräume und ihre Vielfalt langfristig und verbindlich abgesichert werden. c) Besonders im Bereichen der Förderstrategien und bei der Medienbildung besteht Anpassungsbedarf. Vom Staatsziel Kultur ist MV weit entfernt. (siehe Frage b) Wir setzen uns dafür ein, Kultur als Pflichtaufgabe zu verankern und wollen die Ziele aus den kulturpolitischen Leitlinien des Landes auch gesetzlich verankern.	a) Die Kulturpolitischen Leitlinien waren und sind ein wichtiger Schritt hin zu einer strategischeren und dialogorientierten Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern. Positiv bewerten wir insbesondere die stärkere Vernetzung der Akteure, die erhöhte Sichtbarkeit kultureller Infrastruktur sowie die Anerkennung von Kultur als Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig bleibt die Umsetzung in vielen Bereichen unvollständig. Insbesondere bei Finanzierungssicherheit, Fachkräftesicherung, Digitalisierung, Diversität, kultureller Teilhabe und nachhaltiger Strukturentwicklung sehen wir Defizite. Viele Maßnahmen hängen weiterhin stark vom Engagement einzelner Akteurinnen und Akteure ab und sind strukturell nicht ausreichend abgesichert. b) Ja. Die Kulturpolitischen Leitlinien sollten weiterhin als strategischer Rahmen kulturpolitischen Handelns dienen. Gleichzeitig müssen sie regelmäßig evaluiert und im kontinuierlichen Dialog mit den Kulturverbänden, Kommunen, kulturellen Fachstellen, Kulturschaffenden, Ehrenamtlichen und weiteren Stakeholdern weiterentwickelt werden. Kulturpolitik kann nur dann wirksam und praxisnah sein, wenn die Perspektiven derjenigen einbezogen werden, die Kultur vor Ort gestalten und tragen. Wir wollen die Leitlinien insbesondere in den Bereichen Digitalisierung, Teilhabe, Barrierefreiheit, Fachkräftesicherung, faire Arbeitsbedingungen, Resilienz kultureller Infrastruktur sowie Nachhaltigkeit weiterentwickeln. Wichtig ist uns dabei ein transparenter und verlässlicher Beteiligungsprozess, der unterschiedliche Sparten, Regionen und Trägerstrukturen gleichermaßen berücksichtigt. c) Besonderen Handlungsbedarf sehen wir bei der strukturellen Unterfinanzierung vieler Kulturakteure, der Fachkräftesicherung, der sozialen Lage freischaffender Künstlerinnen und Künstler, der kulturellen Versorgung ländlicher Räume, dem Abbau bürokratischer Hürden, dem barrierefreien Zugang zu Kultur, der kulturellen Bildung sowie der digitalen Transformation des Kulturbereichs.	nicht beantwortet	a) Von den insgesamt 10 Kulturpolitischen Leitlinien tragen wir folgend genannte 7 Leitlinien inhaltlich weitgehend mit und sehen diese ebenso auf einem guten Entwicklungspfad: „Wertschätzung und Anerkennung“; „ Gemeinsame Verantwortung für Kunst und Kultur““; „Kommunikation und Kooperation“; „Qualität und Qualifikation“; „Kulturelle Angebote für Stadt und Land“; „Kunst und Kultur in der digitalen Gegenwart und Zukunft“ und „FreiRäume für Kunst und Kultur“. b) Verweis auf obige Antwort zu 4a und ja, die Leitlinien und Maßnahmen sind keinesfalls statisch, sondern sollten weiterentwickelt werden. c) In welchen Feldern (Leitlinie) sehen Sie besonderen Handlungsbedarf? Verweis auf obige Antwort zu 4a.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
	Gleichzeitig sehen wir die Notwendigkeit, die Leitlinien an aktuelle Herausforderungen weiterzuentwickeln. Dazu gehören insbesondere faire Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende, stärkere kulturelle Teilhabe sowie die Berücksichtigung digitaler und hybrider Kulturformate. Zudem wollen wir kulturelle Bildung, Diversität, Barrierefreiheit und demokratische Teilhabe verbindlicher verankern. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 202601-15“, S. 3–5; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 52) c) Besonderen Handlungsbedarf sehen wir vor allem in den Leitlinien zur verlässlichen Kulturförderung, kulturellen Teilhabe sowie zur Sicherung kultureller Infrastruktur im ländlichen Raum. Noch immer hängen kulturelle Angebote vielerorts von kurzfristigen Förderentscheidungen und kommunalen Haushaltslagen ab. Gerade in einem Flächenland wie Mecklenburg-Vorpommern braucht es jedoch dauerhaft verlässliche Strukturen, damit Kultur nicht vom Wohnort abhängt. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1–2; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 52) Einen weiteren Schwerpunkt sehen wir bei der Leitlinie „Gute Arbeit in Kunst und Kultur“. Viele Kulturschaffende arbeiten weiterhin unter prekären Bedingungen. Deshalb braucht es verbindliche Mindesthonorare, soziale Absicherung und mehr Planungssicherheit für freie Träger und Kulturschaffende. Künstlerische Freiheit setzt materielle Sicherheit voraus. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Grundsatzpapier der BAG Ständigen Kulturpolitischen Konferenz“, S. 2) Darüber hinaus sehen wir Handlungsbedarf bei kultureller Bildung, Barrierefreiheit, Diversität und demokratischer Teilhabe. Kultur muss noch stärker inklusiv gestaltet und als Ort gesellschaftlicher Verständigung gefördert werden – insbesondere angesichts gesellschaftlicher Polarisierung und demokratischer Herausforderungen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–5)					

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Die kulturellen Fachstellen im Land (für Kulturelle Bildung, Teilhabe, Förderberatung, Museumsberatung, Bibliotheken, Tanz, Soziokultur, Literatur) haben sich zu einer wichtigen Infrastruktur im Kulturland MV entwickelt. a) Werden Sie sich für eine Verstetigung der Arbeit und die langfristige Finanzierung der Fachstellen einsetzen? b) Werden Sie die Rolle der spartenübergreifenden Fachstellen in den Bereichen kulturelle Bildung, Teilhabe und Inklusion gezielt stärken? c) Sollten die Fachstellen als Expert:innen in kulturpolitische Entscheidungsprozesse eingebunden werden? Und wenn ja, in welchen Gremien?	a) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt sich klar für eine Verstetigung der Arbeit kultureller Fachstellen und ihre langfristige Finanzierung ein. Die kulturellen Fachstellen haben sich als unverzichtbare Infrastruktur für Beratung, Vernetzung, Qualifizierung und kulturelle Teilhabe etabliert. Sie stärken Kulturakteure vor Ort, unterstützen ehrenamtliches Engagement und tragen dazu bei, kulturelle Angebote auch im ländlichen Raum zu sichern. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 4–5; „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“) b) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern will die Rolle der spartenübergreifenden Fachstellen für kulturelle Bildung, Teilhabe und Inklusion gezielt stärken. Diese Einrichtungen leisten einen wichtigen Beitrag dazu, kulturelle Angebote zugänglich zu machen, Akteure zu vernetzen und kulturelle Teilhabe unabhängig von Wohnort, Herkunft oder Einkommen zu ermöglichen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–5; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52) c) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern hält es für sinnvoll und notwendig, die kulturellen Fachstellen als Expert:innen systematisch in kulturpolitische Entscheidungsprozesse einzubinden. Sie verfügen über unmittelbare Praxiskenntnisse, kennen die Bedarfe vor Ort und leisten wichtige Arbeit in Beratung, Vernetzung und Qualitätsentwicklung. Kulturpolitik gelingt aus unserer Sicht am besten im Dialog mit denjenigen, die Kultur täglich gestalten und begleiten. (Quelle: „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt Eine Einbindung halten wir insbesondere für sinnvoll in Landeskulturbeiräten, Facharbeitsgruppen zur Kulturentwicklung, regionalen Kulturkonferenzen, Förderbeiräten sowie bei der Weiterentwicklung kulturpolitischer Leitlinien und Förderinstrumente. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–5; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 52)	a. Ja. Die Fachstellen sind Teil der kulturellen Infrastruktur und brauchen verlässliche Perspektiven. Seite 2 von 7 b. Ja. Gerade die spartenübergreifenden Fachstellen in den Bereichen kulturelle Bildung, Teilhabe und Inklusion wollen wir gezielt stärken. c. Ja. Die Fachstellen werden bereits jetzt als wichtige Partner im fachlichen Austausch geschätzt. Eine Einbindung als Expertinnen erfolgt insbesondere über den Landeskulturrat und die „Runden Tische Kunst und Kultur“, welche die Landesregierung zu Förderschwerpunkten und strategischen Zielen beraten. Auch die Einbindung in Jurys bei ressortübergreifenden Themen wird als sinnvoll erachtet.	a) Eindeutig ja b) Eindeutig ja. c) Ja, besonders wenn es um Förder- und Jury-/Preisentscheidungen (Kunst, Film, Bands...) geht und bei der von uns angestrebten Erarbeitung eines Kulturgesetzes für das Land MV	a) Ja, wir setzen uns für eine Verstetigung und langfristige Finanzierung der Fachstellen ein. Projektlogiken dürfen dort, wo dauerhaft öffentliche Aufgaben erfüllt werden, nicht zu struktureller Unsicherheit führen. b) Ja. Gerade spartenübergreifende Fachstellen in den Bereichen kulturelle Bildung, Teilhabe und Inklusion wollen wir gezielt stärken, weil sie Zugänge schaffen, Qualität sichern und Akteure im ganzen Land vernetzen. Inklusion ist für uns ein grundlegender Anspruch einer offenen Gesellschaft. Kultur muss grundsätzlich für alle Menschen zugänglich und erlebbar sein, unabhängig von Behinderung, Herkunft, Alter, sozialem Hintergrund oder Wohnort. Kulturelle Teilhabe stärkt Selbstbestimmung, gesellschaftlichen Zusammenhalt und demokratische Beteiligung. Fachstellen leisten hierbei einen entscheidenden Beitrag: Sie beraten Einrichtungen beim Abbau von Barrieren, vermitteln Expertise, entwickeln inklusive Formate, unterstützen Vernetzung und helfen dabei, Teilhabe strukturell zu verankern. Gerade kleinere Kulturorte und ehrenamtlich getragene Strukturen profitieren von dieser Unterstützung. Deshalb sehen wir die Fachstellen als wichtigen Bestandteil einer modernen und chancengerechten Kulturpolitik in Mecklenburg-Vorpommern. c) Ja. Fachstellen sollten mit ihrer Expertise systematisch in kulturpolitische Entscheidungsprozesse einbezogen werden, etwa im Landeskulturrat, in Fachbeiräten, bei Evaluationen der Kulturpolitischen Leitlinien, bei Förderprogrammen und in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen zu Bildung, Inklusion, Digitalisierung und ländlichen Räumen.	nicht beantwortet	a) Die Arbeit der kulturellen Fachstellen soll abgesichert werden. b) Das wird von uns nicht beabsichtigt. Verweis auf die Antwort zu 5a. c) Immer dann, wenn vertiefte spezielle Fachexpertise gebraucht wird, sind die Fachstellen in Entscheidungsprozesse einzubeziehen im dann aktuell zuständigen Gremium.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Die finanzielle Ausstattung der Kulturförderung (insbesondere Zuwendungen des Landes an nicht-öffentliche Träger für Kulturförderung) stagniert seit Jahren. Durch Inflation und Preissteigerung wird dieses Kulturbudget de facto immer kleiner und entspricht in den letzten 10 Jahren einer Kürzung um 40%. Die beschlossene Dynamisierung von 2,5% kann die Preisentwicklung nicht auffangen und wird zudem nicht allen Trägern zugebilligt. a) Wie wollen Sie den Kulturhaushalt des Landes entwickeln? b) Wo setzen Sie Prioritäten bei der Verteilung der Kulturmittel? c) Setzen sie sich für eine Dynamisierung aller geförderten Kulturprojekte ein, die mindestens der Entwicklung des Landeshaushalts entspricht?	a) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern sieht den bestehenden Handlungsdruck sehr klar: Wenn Kulturförderung über Jahre nominal stagniert, bedeutet das eine reale Kürzung. Deshalb setzen wir uns für eine spürbare und verlässliche Aufwuchsperspektive des Kulturhaushalts ein, damit Preissteigerungen, Tarifentwicklungen und gestiegene Betriebskosten tatsächlich aufgefangen werden können. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 52) Zudem halten wir es für notwendig, die Förderung künftig inflations- und tarifgerecht weiterzuentwickeln, damit Einrichtungen und freie Träger reale Planungssicherheit erhalten und nicht jährlich Kaufkraft verlieren. Kulturförderung muss aus unserer Sicht als dauerhafte öffentliche Aufgabe verstanden und entsprechend finanziell hinterlegt werden. (Quelle: „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1–2; „Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01“, S. 54–55) b) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt Prioritäten dort, wo Kultur Teilhabe ermöglicht, Infrastruktur sichert und dauerhaft gesellschaftliche Wirkung entfaltet. Im Mittelpunkt stehen für uns daher zunächst die verlässliche Absicherung kultureller Grundstrukturen – insbesondere Theater, Bibliotheken, Museen, Musikschulen, soziokulturelle Zentren, freie Kulturorte und kulturelle Angebote im ländlichen Raum. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 4–5; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52) Eine zweite Priorität sehen wir bei fairen Arbeitsbedingungen für Kulturschaffende. Öffentliche Förderung muss mit fairer Bezahlung, Mindest- und Basishonoraren sowie sozialer Absicherung verbunden sein. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2) Darüber hinaus setzen wir Schwerpunkte bei kultureller Bildung, Teilhabe, Inklusion und der freien Szene. Kinder und Jugendliche sollen früh Zugang zu Kunst und Kultur erhalten, Barrieren müssen abgebaut werden, und ehrenamtlich getragene sowie innovative Kulturprojekte brauchen verlässliche Unterstützung. Auch Fachstellen, Netzwerke und Beratungsstrukturen sehen wir als wichtige Investition in die Zukunft der Kulturlandschaft Mecklenburg-Vorpommerns. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–5; „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“) c) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für eine verlässliche und auskömmliche Dynamisierung der Kulturförderung ein. Wenn Kulturförderung real nicht schrumpfen soll, müssen Preissteigerungen, Tarifentwicklungen und steigende Betriebskosten systematisch berücksichtigt werden. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 202601-15“, S. 2; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1–2)	a. Wir wollen den Kulturhaushalt verlässlich weiterentwickeln und die reale Handlungsfähigkeit der Kulturförderung sichern. Kulturarbeit vor Ort braucht aus unserer Sicht stabile und berechenbare Förderstrukturen. b. Priorität haben die Theater- und Orchesterlandschaft: Durch den Theaterpakt wird die Finanzierung der Mehrspartentheater langfristig abgesichert, um Planungssicherheit und Tarifgerechtigkeit für die Beschäftigten zu garantieren. Dann ebenso die freie Kultur- und Soziokulturszene: Diese Bereiche sollen weiterhin gestärkt werden, da sie einen großen Anteil an der Vielfalt und Qualität des kulturellen Lebens haben. Um die kulturelle Grundversorgung abzubilden, liegt ein besonderes Augenmerk auf der Unterstützung von Musik- und Jugendkunstschulen, Bibliotheken und Museen, insbesondere als Ankerpunkte im ländlichen Raum. c. Wir setzen uns für eine Dynamisierung ein. Entscheidend ist, dass Förderung nicht durch Kostensteigerungen faktisch entwertet wird. Förderung muss so ausgestaltet sein, dass kulturelle Arbeit vor Ort auch unter veränderten Kostenlagen tragfähig bleibt.	a) Die derzeit vorhandenen Mittel sind nicht ausreichend und bedeuten Stillstand bzw. Rückgang. Eine angemessene Dynamisierung verlangt eine triftige Begründung gegenüber anderen Politikbereichen, wo und warum mehr Mittel für Kultur zur Verfügung stehen sollen. Die bestandswahrende Sicherung der kulturellen Grundversorgung sehen wir prioritär. Auch Innovationen und neue Projekte dürfen wir dabei nicht aus dem Blick verlieren. Inflationsbedingte Kostensteigerungen müssen daher zeitnah in der Kulturförderung aufgefangen werden und Kultureinrichtungen durch langfristige Förderung mehr Sicherheit gegeben werden. b) (Siehe auch Frage 3) Schwerpunktverschiebungen zugunsten der jüngeren Generation scheinen demografisch schwer darstellbar, müssen aber angegangen werden, wie zum Beispiel die Förderung einer Games-Entwicklung in unserem Bundesland. Kulturelle Festivals und Clubs im Land wollen wir aktiv stärken durch eine Verbesserung und Verstetigung der landesseitigen Förderung, insbesondere von Personalkosten. Das Kulturportal www.kultur-mv.de muss dringend modernisiert und z.B. um eine leicht anwendbare Landesdatenbank „Kultur aus MV“ erweitert werden, um die Vielfalt der Kulturakteur*innen und -angebote MVs sichtbar zu machen. Dafür braucht es auch unkomplizierte Schnittstellen. c) Ja, das ist die Mindestforderung. Wünschenswert wäre ein nachhaltiger Aufwuchs der Mittel mit verteilungsgerechtem Anspruch bezogen auf das ganze Flächenland MV.	a) Wir wollen den Kulturhaushalt verlässlich, transparent und bedarfsgerecht weiterentwickeln. Kulturpolitik braucht Planungssicherheit. Reine Symbolpolitik hilft den Kulturakteuren nicht; notwendig sind verlässliche Strukturen, faire Verfahren und eine realistische Berücksichtigung von Kostensteigerungen. b) Priorität haben für uns Freie Demokraten die Sicherung kultureller Infrastruktur in der Fläche, kulturelle Bildung, freie Szene, Fachstellen, Bibliotheken, Museen, soziokulturelle Zentren, faire Honorare, Barrierefreiheit, Digitalisierung und die Stärkung unabhängiger Förderverfahren. c) Ja, wir halten eine Dynamisierung grundsätzlich für richtig. Sie sollte möglichst alle dauerhaft geförderten Kulturprojekte erfassen und mindestens die reale Kostenentwicklung berücksichtigen. Eine Dynamisierung darf nicht selektiv oder intransparent erfolgen.	nicht beantwortet	a) Kulturelle Förderung muss sich an den tatsächlichen Bedarfen orientieren und darf nicht allein nach ideologischen oder kurzfristigen politischen Trends vergeben werden. Priorität haben für uns die Sicherung bestehender kultureller Infrastruktur, die Förderung regionaler Identität sowie der Erhalt von Kulturstätten und Denkmälen. Eine maßvolle Anpassung der Kulturmittel an Kostenentwicklungen ist dabei grundsätzlich sinnvoll. b) Schwerpunkte sehen wir bei der Förderung kultureller Grundversorgung in Stadt und Land, beim Erhalt von Theatern, Museen, Bibliotheken und Denkmälen sowie bei der Pflege regionaler Traditionen, niederdeutscher Sprache und des Ehrenamtes. Fördermittel sollen nachvollziehbar, transparent und möglichst unbürokratisch vergeben werden. c) Eine pauschale Dynamisierung aller Projekte sehen wir kritisch. Vielmehr sollten regelmäßig die tatsächlichen Bedarfe, die Qualität der Arbeit und die Bedeutung für die kulturelle Infrastruktur überprüft werden. Wo Kostensteigerungen nachweisbar sind und wichtige kulturelle Angebote gefährdet werden, müssen Anpassungen möglich sein.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Die Arbeit der kulturellen Landesverbände in MV umfasst auch die Vergabe von Preisen und spartenspezifischen Förderfonds zur Förderung kleiner Projekte unter Einbezug unabhängiger Fachjurys. Dieses bundesweit vorbildhafte Verfahren entlastet die Verwaltung, trägt zur Entbürokratisierung und sorgt für zielgenaue Förderung. a) Setzen Sie sich für die Verstetigung und Stärkung dieser Fonds ein? b) Stehen Sie (auch unter dem Eindruck der aktuellen Eingriffe des BKM in Förderentscheidungen) zur unabhängigen Arbeit und Mittelvergabe durch Landesverbände und ihren Jurys?	a) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt sich für die Verstetigung und Stärkung spartenspezifischer Förderfonds sowie der Arbeit der kulturellen Landesverbände ein. Gerade die Verbindung aus fachlicher Expertise, unabhängigen Jurys und niedrigschwelliger Förderung hat sich bewährt: Sie ermöglicht zielgenaue Entscheidungen, stärkt kleine Projekte und entlastet zugleich die Verwaltung. Aus unserer Sicht braucht Kulturförderung praxisnahe, transparente und unbürokratische Verfahren, die die Besonderheiten der jeweiligen Sparten berücksichtigen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–5; „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“) b) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern steht klar zur unabhängigen Arbeit und Mittelvergabe durch kulturelle Landesverbände und unabhängige Fachjurys. Förderentscheidungen sollten sich an fachlicher Qualität, kultureller Vielfalt und transparenten Kriterien orientieren. Kunstfreiheit bedeutet aus unserer Sicht auch, kulturelle Entscheidungen möglichst staatsfern und fachlich fundiert zu organisieren. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1–2)	a. Ja. Diese Fonds haben sich bewährt und sollten verstetigt und weiterentwickelt werden. b. Ja. Wir stehen zur unabhängigen fachlichen Arbeit der Landesverbände und ihrer Jurys. Wenn Kulturförderung verlässlich und fachlich legitim sein soll, braucht sie nachvollziehbare Regeln und unabhängige fachliche Entscheidungskompetenz.	a) Eindeutig ja b) Eindeutig ja.	a) Ja. Wir setzen uns für die Verstetigung und Stärkung der spartenspezifischen Förderfonds ein. b) Ja. Wir stehen klar zur unabhängigen Arbeit der Landesverbände und ihrer Fachjurys. Die Freiheit von Kunst und Kultur ist ein zentraler Wert der liberalen Demokratie. Kunst muss frei sein, unterschiedliche Perspektiven sichtbar machen und auch provozieren oder gesellschaftliche Debatten anstoßen dürfen, ohne politische Einflussnahme befürchten zu müssen. Gerade deshalb müssen Förderentscheidungen unabhängig, transparent und fachlich begründet getroffen werden, nicht nach parteipolitischen Interessen oder ideologischer Nähe. Die Arbeit unabhängiger Jurys stärkt Qualität, Vertrauen und Akzeptanz kulturpolitischer Entscheidungen und schützt zugleich die Kunstfreiheit vor politischer Instrumentalisierung. Die bewährten Verfahren der Landesverbände verbinden fachliche Expertise mit praxisnaher Förderung und tragen wesentlich zu einer vielfältigen Kulturlandschaft in Mecklenburg-Vorpommern bei. Dieses Prinzip wollen wir erhalten und stärken.	nicht beantwortet	a) Förderfonds können einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung kleiner kultureller Projekte leisten. Voraussetzung ist aus unserer Sicht eine transparente Mittelvergabe, ein effizienter Mitteleinsatz sowie eine nachvollziehbare Ausrichtung an kultureller Qualität und regionalem Nutzen. b) Fachjurys und Landesverbände sollten grundsätzlich unabhängig arbeiten können. Politische Einflussnahme auf Einzelentscheidungen lehnen wir ab. Gleichzeitig erwarten wir Transparenz, Ausgewogenheit und die Einhaltung des gesetzlichen Rahmens bei der Vergabe öffentlicher Mittel.
Erkennen Sie eine inklusive und diversitätsorientierte Kulturarbeit als festen Bestandteil der öffentlichen kulturellen Infrastruktur an und wenn ja, welche strukturellen Maßnahmen planen Sie zur Stärkung der Diversität und des Barriereabbaus in Kunst und Kultur?	Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern erkennt inklusive und diversitätsorientierte Kulturarbeit ausdrücklich als festen Bestandteil der öffentlichen kulturellen Infrastruktur an. Kultur muss für alle Menschen zugänglich sein – unabhängig von Herkunft, Behinderung, Alter, Geschlecht, Einkommen, sexueller Identität oder Wohnort. Kulturelle Teilhabe ist für uns ein demokratisches Recht und kein Privileg. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–4; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52) Strukturell wollen wir Barrieren konsequent abbauen und Diversität verbindlich in der Kulturförderung verankern. Dazu gehören barrierefreie Kulturorte und Veranstaltungsformate, diskriminierungssensible Förderstrukturen sowie die stärkere Berücksichtigung von Inklusion, Gleichstellung und kultureller Teilhabe als Qualitätskriterien öffentlicher Förderung. Förderprogramme und Gremien sollen transparenter, vielfältiger und paritätischer besetzt werden. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–4; „Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01“, S. 54–55)	Ja. Inklusive und diversitätsorientierte Kulturarbeit ist für uns Teil öffentlicher kultureller Infrastruktur. Wir setzen uns ausdrücklich für barrierefreie, inklusive, interkulturelle und nachhaltige Kulturangebote ein und wollen eine solche Kulturpraxis gezielt befördern. Daraus folgen für uns Förderbedingungen und Unterstützungsstrukturen, die Barriereabbau, Zugänglichkeit und Diversitätskompetenz stärker mitdenken.	Ja, durch Mehrsprachigkeit, verstärkte Weiterbildung für die Akteur*innen und mehr Wissenstransfer zwischen z.B. Behindertenbeiräten und der Kulturszene. Der Teilhabefonds und die dazugehörige Beratungsstelle dürfen nicht weiter schrumpfen, sondern müssen in der Lage sein, gezielte Projekte in unserem Bundesland zu unterstützen.	Ja. Für uns ist Kultur dann stark, wenn möglichst viele Menschen an ihr teilhaben, sie mitgestalten und sich in ihr wiederfinden können. Eine inklusive und diversitätsorientierte Kulturarbeit ist deshalb für uns Freie Demokraten ein selbstverständlicher Bestandteil öffentlicher kultureller Infrastruktur. Viele Kulturschaffende und Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern leisten bereits heute beeindruckende Arbeit, um Zugänge zu schaffen, Barrieren abzubauen und unterschiedliche Perspektiven sichtbar zu machen, oft mit großem persönlichem Engagement und unter schwierigen finanziellen Bedingungen. Dieses Engagement verdient Anerkennung, Unterstützung und verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen kulturelle Teilhabe stärken, indem Barrierefreiheit stärker in Förderprogrammen berücksichtigt wird, Beratungs- und Qualifizierungsangebote ausgebaut werden und inklusive Kulturprojekte langfristiger abgesichert werden. Dazu gehören sowohl bauliche und digitale Barrierefreiheit als auch sprachliche, soziale und finanzielle Zugänge zu Kulturangeboten.	nicht beantwortet	Kulturelle Angebote sollen grundsätzlich allen Menschen offenstehen. Der Abbau baulicher und technischer Barrieren ist sinnvoll und soll dort unterstützt werden, wo dies praktikabel und finanzierbar ist. Kulturpolitik darf jedoch nicht vorrangig ideologischen Diversitätsvorgaben folgen, sondern muss sich an kultureller Qualität, regionaler Identität und gesellschaftlichem Zusammenhalt orientieren.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Die Kulturelle Grundversorgung im ganzen Land sicherzustellen ist eine Querschnittsaufgabe. Gleichzeitig erfüllen Kulturorte bei der Entwicklung ländlicher Räume, bei der Ermöglichung von Inklusion und Teilhabe und als demokratische Räume Funktionen, die weit über Kunst und Kultur hinausgehen. a) Wie muss Kultur aus Ihrer Sicht in anderen Ressorts (und in welchen) verankert werden, um Wirksamkeit noch besser zu entfalten? b) Welche Rolle spielen Kulturorte als demokratische Begegnungsräume aus Ihrer Sicht und wie können sie dabei unterstützt werden?	a) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern versteht Kultur als Querschnittsaufgabe, die stärker in andere Ressorts eingebunden werden muss. Kulturorte sind nicht nur Orte der Kunst, sondern auch der Bildung, Demokratie, Teilhabe und regionalen Entwicklung. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1) Kunst und Kultur sind unverzichtbare Rahmenbedingungen für das Tourismusland M-V und damit wichtig für dessen weitere wirtschaftliche Entwicklung. Hier liegen aus Sicht der Linkspartei M-V erhebliche Ressourcen, die noch besser erschlossen werden müssen. Das Landes Marketing muss hier weitaus stärker auf die kultur- und kunstbasierten Stärken unseres Landes eingehen. b) Kulturorte spielen aus Sicht der Linken eine zentrale Rolle als demokratische Begegnungsräume. Theater, Bibliotheken, Museen, soziokulturelle Zentren oder freie Kulturorte schaffen Räume für Austausch, Diskussion, Bildung und gesellschaftlichen Zusammenhalt – gerade in ländlichen Regionen. Sie fördern Teilhabe, stärken Demokratie und wirken Ausgrenzung entgegen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1, 4; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 1) Unterstützt werden können sie durch verlässliche Finanzierung, mehrjährige Förderstrukturen, den Erhalt kultureller Infrastruktur – insbesondere im ländlichen Raum – sowie den Abbau von Barrieren für kulturelle Teilhabe. Wichtig sind zudem die Stärkung ehrenamtlichen Engagements und niedrigschwellige Fördermöglichkeiten.	a. Kultur muss noch stärker als Querschnittsaufgabe verstanden werden, insbesondere in den Ressorts Bildung, Soziales, Integration und Tourismus. b. Kulturorte sind demokratische Begegnungsräume, in denen Teilhabe, Austausch und gesellschaftlicher Zusammenhalt konkret gelebt werden. Kultur ist ein Motor für Demokratie und kann als Raum gesehen werden, in dem Menschen ins Gespräch kommen; genau daran wollen wir anknüpfen. Dafür sind verlässliche Förderung, gute Rahmenbedingungen und Schutz vor politischem Druck wichtige Voraussetzungen.	a) Kultur ist eine Querschnittsaufgabe, die von der Staatskanzlei bis zum Wirtschaftsministerium, vom Innen-/Bauministerium bis ins Sozialressort gelebt werden muss - ob in interministeriellen Arbeitsgruppen oder externen Beiräten. b) Kulturorte sind Labore der Demokratie. Bibliotheken, Theater und Kulturhäuser sind mehr als nur Gebäude. Sie sind Orte, an denen Menschen zusammenkommen, Geschichten entdecken und Kultur gemeinsam erleben. Gerade für Kinder und Jugendliche sind sie oft der erste Zugang zu Kunst und Teilhabe. Hier probiert die Gesellschaft von morgen sich aus. Als Pilotprojekt möchten wir ein Kulturmobil für den ländlichen Raum auf die Straße bringen. Aufsuchende Kulturarbeit wollen wir durch gezielte Förderung verwirklichen. Bei Stadtentwicklungsplanungen planen wir Bündnisgrüne MV, schon multikulturelle, interdisziplinäre Begegnungsorte mitzudenken, wie z.B. bei dem Neubau einer Schule oder eines Schulcampus. Bibliotheken als kulturelle und Orte der Begegnung möchten wir insbesondere für Kinder und Jugendliche stärken und länger öffnen. Wir unterstützen Bibliotheken überall dabei, ihr Dienstleistungsangebot um interaktive und soziokulturelle Angebote zur Förderung der Lese- und Medienkompetenz sowie der kulturellen Bildung zu erweitern.	a) Kultur muss stärker als Querschnittsaufgabe verstanden und ressortübergreifend mitgedacht werden, insbesondere in Bildung, Wissenschaft, Wirtschaft, Tourismus, Sozialpolitik, Demokratietarbeit, Digitalisierung, Bau, Landesentwicklung und den Strategien für ländliche Räume. Damit Kulturpolitik ihre Wirkung entfalten kann, braucht es aus unserer Sicht einen kontinuierlichen und strukturierten Dialog mit den Kulturverbänden, Kommunen, kulturellen Fachstellen, Kulturschaffenden und weiteren Akteuren vor Ort. Die Menschen, die Kultur täglich organisieren und gestalten, kennen die Herausforderungen und Potenziale am besten. Ihre Expertise sollte deshalb frühzeitig und verbindlich in ressortübergreifende Entscheidungen einbezogen werden. b) Kulturorte sind sind Räume der Begegnung, des Austauschs und der gesellschaftlichen Verständigung. Gerade in einer Zeit zunehmender Polarisierung, wachsender gesellschaftlicher Spannungen und eines erstarkenden Populismus kommt ihnen eine besondere Bedeutung zu. Für uns als FDP sind offene Kulturorte Ausdruck einer freien und demokratischen Gesellschaft. Sie schaffen Räume, in denen unterschiedliche Perspektiven sichtbar werden, Debatten respektvoll geführt werden können und Menschen miteinander in Kontakt kommen, die sich im Alltag oft kaum begegnen. Kultur fördert Empathie, Perspektivwechsel und den demokratischen Zusammenhalt. Gerade in MecklenburgVorpommern leisten viele Kulturorte einen wichtigen Beitrag gegen gesellschaftliche Spaltung und demokratiefeindliche Tendenzen. Insbesondere im ländlichen Raum sind sie häufig zentrale Orte des sozialen und kulturellen Miteinanders. Dort, wo demokratische Räume unter Druck geraten oder extreme Akteure versuchen, Einfluss auf gesellschaftliches Leben zu nehmen, braucht es starke, sichtbare und unabhängige Kulturorte, die Offenheit, Vielfalt und Menschenwürde verteidigen. Viele Kulturschaffende engagieren sich bereits heute mit großem persönlichem Einsatz für eine offene Gesellschaft und gegen Ausgrenzung. Dieses Engagement verdient Rückhalt und Schutz. Damit Kulturorte diese Rolle langfristig erfüllen können, brauchen sie verlässliche Rahmenbedingungen: Planbare Förderung, weniger Bürokratie, Investitionen in Infrastruktur und Barrierefreiheit, Unterstützung bei Digitalisierung und Fachkräftesicherung sowie eine stärkere Vernetzung mit Schulen, Vereinen, Kommunen und zivilgesellschaftlichen Initiativen.	nicht beantwortet	a) Kulturpolitik muss stärker mit den Bereichen Bildung, Tourismus, Heimatpflege, Städtebau und ländliche Entwicklung verzahnt werden. Gerade in ländlichen Regionen leisten Kulturorte einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Gemeinden und zur Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat. b) Kulturpolitik muss stärker mit den Bereichen Bildung, Tourismus, Heimatpflege, Städtebau und ländliche Entwicklung verzahnt werden. Gerade in ländlichen Regionen leisten Kulturorte einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Gemeinden und zur Identifikation der Menschen mit ihrer Heimat.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Viele Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende leben noch immer in finanziell prekären Umständen. Die Entwicklung auf Bundesebene zur sozialen Absicherung (u.a. Herrenberg-Urteil) ist noch nicht final abzuschätzen. a) Was wollen Sie tun, um die soziale Absicherung von Kulturschaffenden in Mecklenburg-Vorpommern zu verbessern? b) Setzen Sie sich für Mindesthonorare ein? Und wenn ja, nach welchem Modell?	a) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern will die soziale Absicherung von Kulturschaffenden durch faire Honorare, verlässlichere Förderung und bessere soziale Rahmenbedingungen stärken. Öffentliche Kulturförderung soll stärker an verbindliche Mindest- und Basishonorare gekoppelt werden, damit kulturelle Arbeit fair bezahlt wird und nicht dauerhaft prekär bleibt. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2) Auf Bundesebene unterstützen wir die Weiterentwicklung und Stärkung der Künstlersozialkasse sowie bessere sozialrechtliche Rahmenbedingungen für SoloSelbstständige und freischaffende Kulturschaffende – gerade vor dem Hintergrund aktueller Unsicherheiten wie dem Herrenberg-Urteil. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01“, S. 54–55) b) Ja. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt sich klar für verbindliche Mindest- bzw. Basishonorare in öffentlich geförderten Kulturprojekten ein. Faire Bezahlung muss Voraussetzung öffentlicher Förderung sein. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2) Orientieren wollen wir uns an spartenbezogenen Honorarstandards und Empfehlungen der Fachverbände, die den unterschiedlichen Arbeitsrealitäten in Kunst und Kultur Rechnung tragen. Öffentlich geförderte Projekte sollten verpflichtet werden, diese Standards anzuwenden; dazu gehören ausdrücklich auch die Vergütung von Vorbereitungs-, Proben-, Konzeptions- und Recherchezeiten. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01“, S. 54–55)	a. Wir wollen die soziale Absicherung von Kulturschaffenden durch verlässlichere Förderung, bessere Beratungsstrukturen und faire Rahmenbedingungen stärken. Dabei ist für uns auch wichtig, dass Einrichtungen wie Musik- und Jugendkunstschulen nach dem Herrenberg-Urteil auf eine stabile Zukunft bauen können. b. Ja, wir unterstützen Mindesthonorare grundsätzlich. Sie sollten sich an fachlich entwickelten, transparenten und praxistauglichen Modellen orientieren und in öffentlich geförderten Bereichen schrittweise verbindlicher werden.	a) Eine gerechte Honorierung bzw. Entlohnung im Kulturbereich verlangt die gesellschaftlich breit akzeptierte Einsicht, dass die intrinsische Motivation der Kulturschaffenden allein nicht ausreichen wird, um ihre Existenz zu sichern. Die soziale Absicherung basiert auf gerechter Bezahlung und verlässlicher Perspektive, dazu sind die Haushalte von Land und Kommunen krisenfest aufzustellen. Auch die Kulturschaffenden selbst sind hier gefragt – es braucht hier ein solidarisches Interesse, für Honorarmindestsätze einzustehen. Wir Bündnisgrüne MV setzen uns dafür ein, dass durch Landeszuschüsse die Musik- und Kunstschulen unterstützen werden, um, besonders nach dem Herrenberg-Urteil, die Sozialversicherungsmehrkosten und Mobilitätspauschalen ihrer angestellten Lehrkräfte finanzieren zu können. Auch soll ein verbindlicher Leitfaden unter Einbeziehung der Träger und Verbände erarbeitet werden, der festlegt, wie echte Selbstständigkeit aussieht, Honorarverträge formuliert und organisatorische Punkte freiberuflich gestaltet sein müssen. Zur sozialen Absicherung von Kulturschaffenden halten wir die KSK für eines der stärksten institutionell ausgebauten Systeme Europas. b) Ja, die Honorarhöhe in Kulturprojekten muss sich an den aktuellen Honorarempfehlungen der Berufsverbände orientieren. Ein Mindesthonorar in der kulturellen Projektförderung sollte sich an der Kultur-MKHonorarmatrix und dem von der Gewerkschaft verdi entwickelten Honorarrechner (https://www.basishonorare.de) messen lassen.	a) Viele Künstlerinnen, Künstler und Kulturschaffende leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft und arbeiten dennoch unter wirtschaftlich unsicheren Bedingungen. Gerade Soloselbstständige, freischaffende Kreative und projektbezogen Beschäftigte sind häufig von schwankenden Einkommen, fehlender Planungssicherheit und lückenhafter sozialer Absicherung betroffen. Diese Realität muss kulturpolitisch ernster genommen werden. Wir wollen die soziale Lage von Kulturschaffenden verbessern, indem Förderprogramme reale Personal-, Honorar- und Sozialkosten stärker berücksichtigen und faire Arbeitsbedingungen systematisch mitgedacht werden. Wer qualitativ hochwertige Kulturarbeit erwartet, muss auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Zugleich setzen wir uns für mehr Beratung und Unterstützung bei Fragen der sozialen Absicherung, Fördermittelbeantragung und Existenzsicherung ein. Insbesondere kleinere Träger und freischaffende Kulturschaffende dürfen mit bürokratischen und rechtlichen Herausforderungen nicht allein gelassen werden. Mit Blick auf die Auswirkungen des Herrenberg-Urteils brauchen Kultur- und Bildungseinrichtungen zudem dringend mehr Rechtssicherheit und praktikable Lösungen. Wichtig ist für uns dabei ein enger Dialog mit Verbänden, Trägern und Kulturschaffenden, um Fehlentwicklungen zu vermeiden und tragfähige Rahmenbedingungen zu schaffen. b) Die FDP setzt sich für faire Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen für Kulturschaffende ein. Starre gesetzliche Mindesthonorare sehen wir jedoch kritisch, da die Arbeitsrealitäten im Kulturbereich sehr unterschiedlich sind und pauschale Vorgaben insbesondere kleinere Träger, Vereine und Projekte im ländlichen Raum stark belasten können. Statt zusätzlicher starrer Vorgaben setzen wir auf auskömmliche und verlässliche Kulturförderung, den Abbau bürokratischer Hürden sowie auf faire und transparente Vertragsbedingungen. Honorarempfehlungen von Fach- und Berufsverbänden können dabei eine wichtige Orientierung bieten. Entscheidend ist aus unserer Sicht, dass Kulturförderung reale Kostenentwicklungen stärker berücksichtigt und Einrichtungen überhaupt in die Lage versetzt werden, angemessene Honorare zu zahlen. Wer bessere Bezahlung politisch fordert, muss auch die finanziellen Rahmenbedingungen dafür schaffen.	nicht beantwortet	a) Künstler und Kulturschaffende brauchen verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit. Wichtig sind aus unserer Sicht weniger Bürokratie und praktikable Förderbedingungen. Die Auswirkungen bundesrechtlicher Entwicklungen wie des Herrenberg-Urteils müssen sorgfältig geprüft werden. Die Musikschulen sind hiervon besonders betroffen. Musikschulen leisten einen wertvollen Beitrag zur kulturellen Bildung und zur musischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern. Wir erkennen ihre Bedeutung als Teil der kulturellen Daseinsvorsorge an und werden uns dafür einsetzen, dass ihre Arbeit auch künftig möglich bleibt. Die Frage der Finanzierung ist dabei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, für die Kommunen, Land und Eltern gemeinsam Verantwortung tragen. Wo es sinnvoll und haushälterisch vertretbar ist, wollen wir prüfen, ob und in welcher Form eine stärkere Unterstützung durch das Land möglich sein kann. b) Faire Vergütung ist grundsätzlich anzustreben. Starre landeseinheitliche Vorgaben sehen wir jedoch kritisch, da die kulturellen Sparten sehr unterschiedlich aufgestellt sind. Orientierungshilfen und Empfehlungen können sinnvoll sein, wenn sie die unterschiedlichen Bedingungen berücksichtigen.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Der Grundsatz “Gutes Geld für gute Arbeit” gilt in Kultureinrichtungen oft nicht, da Vollzeit-Aufgaben häufig von Teilzeit-Stellen gestemmt werden müssen, die zudem weit unter tariflicher Bezahlung entlohnt werden. Aufgrund des Generationenwechsels stehen viele Kulturrorte vor einer ungewissen Zukunft, da sie zu diesen Bedingungen keine Fachkräfte finden. a) Wie wollen Sie diesem Problem begegnen? b) Wie planen Sie mit den Finanzierungsrealitäten bei steigenden Honorar- und Sozialversicherungskosten umzugehen bei gleichzeitiger Knappheit der Mittel? c) Ist die Schließung von Kulturoorten für Sie eine Option?	a) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern will diesem Problem mit einer Kombination aus besserer Finanzierung, fairer Bezahlung und verlässlicher Personalentwicklung begegnen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass öffentliche Förderung stärker an tarifnahe Bezahlung, faire Arbeitsbedingungen und verbindliche Mindesthonorare gekoppelt wird. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2) b) Die steigenden Honorar-, Personal- und Sozialversicherungskosten dürfen nicht zulasten der Beschäftigten oder der kulturellen Qualität gehen. Die Linke Mecklenburg-Vorpommern setzt deshalb auf eine auskömmlichere Kulturf Finanzierung, verlässliche Dynamisierung und langfristige Förderstrukturen, damit Kostensteigerungen real berücksichtigt werden können. Wer faire Bezahlung fordert, muss sie auch finanzieren. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2) c) Nein. Für Die Linke Mecklenburg-Vorpommern ist die Schließung von Kulturoorten grundsätzlich keine politische Zieloption. Sie sind Orte der Begegnung, Bildung, demokratischen Teilhabe und sozialen Infrastruktur – insbesondere im ländlichen Raum. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 1, 4–5; „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52) Unser Ziel ist daher Erhalt, Weiterentwicklung und langfristige Sicherung kultureller Infrastruktur. Statt Schließungen braucht es verlässliche Finanzierung, stärkere Unterstützung von Kommunen und neue Nutzungskonzepte, wo nötig – etwa Kooperationen, Mehrfachnutzungen oder stärkere Vernetzung vor Ort. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 202601-15“, S. 4–5; „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kein Rückbau der Kultur“)	a. Wir sehen, dass Kultur nur dann Zukunft hat, wenn die Menschen, die sie tragen, unter verlässlichen und fairen Bedingungen arbeiten können. Unser Grundsatz „Gute Löhne für Gute Arbeit“ gilt ausdrücklich nicht nur für Industrie oder Verwaltung, sondern muss auch in Kultur, kultureller Bildung und freier Szene stärker eingelöst werden. Prekäre Beschäftigungen, sachgrundlose Befristungen und Lohndumping wollen wir weiter zurückzudrängen. Für den Kulturbereich heißt das: Förderungen müssen so ausgestaltet sein, dass faire Bezahlung nicht als freiwilliger Zusatz, sondern als Teil von Qualität und Zukunftsfähigkeit verstanden wird. - Ein wesentliches Instrument ist der Theaterpakt, der den Mehrspartentheatern im Land langfristige Planungssicherheit bietet und explizit die Tarifgerechtigkeit für die Beschäftigten stützt. Damit sollen Vollzeitaufgaben auch entsprechend vergütet und attraktive Arbeitsbedingungen geschaffen werden, um Fachkräfte im Land zu halten - Für freie Künstlerinnen und Künstler wurden bereits Mindesthonorare eingeführt, um eine untere Haltelinie gegen Lohndumping zu ziehen und die soziale Absicherung zu verbessern - Langfristig sollen öffentliche Aufträge verstärkt an die Einhaltung von Tarifverträgen oder eine tarifgleiche Entlohnung gebunden werden, was auch für geförderte Kultureinrichtungen als Orientierungsrahmen dient. Konkret knüpfen wir an stabile und berechenbare Förderstrukturen an, die es zu stärken gilt. Musik- und Jugendkunstschulen sollen auch nach dem Herrenberg-Urteil eine stabile Zukunft haben. Da ist der richtige Ansatz, um Fachkräfte zu halten, Generationenwechsel zu ermöglichen und Kulturrorte nicht in Selbstausbeutung laufen zu lassen. b. Steigende Personal-, Honorar- und Sozialversicherungskosten müssen in der Kulturförderung realistisch abgebildet werden. Wer gute Arbeit verlangt, muss auch anerkennen, dass Qualität Geld kostet. Steigende Ausgaben, der demografische Wandel und notwendige Zukunftsinvestitionen treffen jedoch auch im Landeshaushalt auf begrenzte finanzielle Spielräume. Öffentliche Mittel müssen so eingesetzt werden, dass sie Stabilität sichern, Zukunft ermöglichen und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Die Antwort kann deshalb nicht sein, Kulturträger mit steigenden Kosten allein zu lassen. Notwendig sind mehrjährige, verlässliche Förderperspektiven, eine stärkere Berücksichtigung realer Personal- und Honorarkosten in Zuwendungen und eine bessere Verzahnung von Landes-, kommunalen, Bundes- und EU-Mitteln. c. Nein, die Schließung von Kulturoorten ist für uns keine Option. Kultur gehört zum freien und offenen Zusammenleben in MV.	a) Die Fachkräftesicherung im Kulturbereich muss sich analog der im Verwaltungs- und Wirtschaftsbereich verhalten. Der Wettbewerb um die besten Köpfe verlangt die Akzeptanz der Tatsache, dass durch die Umwegrentabilität das Kulturland MV längst ein Wirtschaftsfaktor ist. Wir unterstützen die Kopplung von Fördermitteln in MV an Mindesthonorare für Künstler*innen. Kulturelle Bildung braucht gute Arbeitsbedingungen. Öffentlich geförderte Kultur darf nicht auf Selbstausbeutung beruhen. Faire Arbeitsbedingungen sind Voraussetzung für kulturelle Vielfalt und künstlerische Qualität. b) Siehe auch Frage 10a. Auch die Kreativität der Kulturschaffenden wird dieses Problem nicht aus der Welt schaffen können. Wenn eine Verknappung des Angebots (bspw. an Musik- oder Jugendkunstschulen) verhindert werden soll, muss mehr Geld in das System fließen. Sowohl eine sozial gestaffelte moderate Erhöhung der Elternbeiträge als auch eine deutlichere Dynamisierung der Förderung können hier Hilfe bringen. c) Nein.	a) Die Herausforderungen im Kulturbereich lassen sich nicht durch einzelne Maßnahmen lösen. Viele Einrichtungen stehen gleichzeitig unter Druck durch Fachkräftemangel, steigende Kosten, hohe bürokratische Anforderungen und unsichere Förderperspektiven. Gerade kleinere Kulturrorte und Träger geraten dadurch zunehmend an Belastungsgrenzen. Wir wollen die Rahmenbedingungen so verbessern, dass Kulturarbeit langfristig attraktiver und verlässlicher wird. Dazu gehören planbarere und mehrjährige Förderstrukturen, realistischere Berücksichtigung von Personal- und Sachkosten, weniger Bürokratie sowie einfachere Förderverfahren. Wer dauerhaft gesellschaftlich wichtige Arbeit leistet, braucht mehr Planungssicherheit. Zugleich müssen Kulturberufe stärker als qualifizierte und gesellschaftlich relevante Arbeit anerkannt werden. Kultur ist kein „freiwilliger Luxus“, sondern trägt wesentlich zu Bildung, gesellschaftlichem Zusammenhalt und demokratischer Kultur bei. Entsprechend wichtig sind gute Arbeitsbedingungen, Entwicklungsperspektiven und verlässliche Strukturen. Besonders wichtig ist uns Freien Demokraten außerdem der enge Dialog mit Kulturverbänden, Einrichtungen, Kommunen und Kulturschaffenden selbst. Die Lösungen für Fachkräftesicherung und zukunftsfähige Strukturen müssen gemeinsam mit denjenigen entwickelt werden, die die Herausforderungen täglich erleben. b) Steigende Honorar-, Tarif- und Sozialversicherungskosten stellen viele Kulturakteure vor erhebliche Herausforderungen. Für uns ist klar: Wer faire Arbeitsbedingungen, qualifiziertes Personal und professionelle Kulturarbeit erhalten möchte, muss diese Kostenentwicklungen bei der Kulturförderung realistisch berücksichtigen. Gleichzeitig wissen wir, dass öffentliche Mittel begrenzt sind. Deshalb braucht es aus unserer Sicht vor allem verlässlichere und effizientere Strukturen statt immer kurzfristiger Projektlogiken. Förderverfahren müssen einfacher, transparenter und planbarer werden, damit vorhandene Mittel möglichst wirksam eingesetzt werden können und weniger Ressourcen in Bürokratie gebunden werden. c) Kulturrorte sind zentrale Bestandteile des gesellschaftlichen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern. Für uns Freie Demokraten ist deshalb klar: Der Erhalt kultureller Infrastruktur hat einen hohen Stellenwert. Kulturrorte schaffen Begegnung, stärken gesellschaftlichen Zusammenhalt, ermöglichen Teilhabe und leisten einen wichtigen Beitrag für eine offene und demokratische Gesellschaft. Schließungen dürfen deshalb nicht zur kulturpolitischen Normalität werden. Gleichzeitig gehört zu einer verantwortungsvollen Politik auch Ehrlichkeit darüber, dass nicht jede Herausforderung dauerhaft allein durch zusätzliche Mittel gelöst werden kann. Entscheidend ist aus unserer Sicht deshalb, frühzeitig tragfähige Lösungen gemeinsam mit Kommunen, Trägern, Verbänden und Kulturschaffenden zu entwickeln.	nicht beantwortet	a) Ziel muss es sein, qualifizierte Fachkräfte im Land zu halten und attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen. Dazu gehören eine stärkere Anerkennung kultureller Arbeit sowie weniger bürokratische Belastungen. b) Notwendig ist ein effizienter und zielgerichteter Mitteleinsatz. Förderstrukturen sollten regelmäßig überprüft und Verwaltungsaufwand reduziert werden, damit mehr Mittel tatsächlich in die kulturelle Arbeit fließen können. c) Unser Ziel ist der Erhalt kultureller Infrastruktur im ganzen Land. Schließungen dürfen nur das letzte Mittel sein, wenn tragfähige Alternativen fehlen. Gerade im ländlichen Raum haben Kulturrorte eine hohe Bedeutung für Identität, Gemeinschaft und Lebensqualität.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Kultur ist der zweitgrößte Engagementbereich in unserem Land. Wie wollen Sie die vielen Ehrenamtlichen besser unterstützen und wie das ihnen zur Seite gestellte Hauptamt?	Die Linke Mecklenburg-Vorpommern sieht das große ehrenamtliche Engagement im Kulturbereich als unverzichtbare Grundlage der kulturellen Vielfalt – insbesondere im ländlichen Raum. Ehrenamt braucht aus unserer Sicht verlässliche Unterstützung statt bloßer Anerkennung. Dazu gehören unbürokratische Fördermöglichkeiten, Qualifizierungsangebote, bessere Beratung sowie verlässliche Rahmenbedingungen für Vereine, Initiativen und Kulturorte. (Quelle: „Wahlprogramm 2021“, Abschnitt „Kultur im Dialog entwickeln“; „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 4–5) Gleichzeitig gilt: Ehrenamt braucht Hauptamt. Hauptamtliche Strukturen sichern Kontinuität, Organisation, Antragstellung, Vernetzung und fachliche Begleitung. Deshalb setzen wir uns für verlässlich finanzierte Personalstrukturen, langfristige Förderung und gute Arbeitsbedingungen im Kulturbereich ein. Ehrenamt darf professionelle Arbeit ergänzen, aber nicht ersetzen müssen. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 2–3; „Grundsatzpapier der BAG Ständige Kulturpolitische Konferenz“, S. 2)	Die SPD MV begreift das ehrenamtliche Engagement im Kulturbereich als einen unverzichtbaren Pfeiler des gesellschaftlichen Zusammenhalts und als zweitgrößten Engagementbereich im Land. - wir stärken das kulturelle Ehrenamt durch die Ehrenamtsstiftung MV, Mitmachzentralen, Landes-Ehrenamtskarte, Kleinprojektförderung und die neue landesweite Engagementstrategie (2026) - Die ab 2026 steigende Übungsleiterpauschale ist ein weiterer konkreter Schritt. Das Hauptamt – als unverzichtbares Rückgrat des Ehrenamts – wollen wir durch verlässliche Finanzierung hauptamtlicher Stellen in Kulturverbänden langfristig absichern. - Weiterhin sollen Antragsverfahren vereinfacht werden, um den Zugang zu Fördermitteln zu erleichtern. - wir möchten ein Qualifizierungsprogramm für ehrenamtliche Kulturarbeit auflegen.	Sowohl die Ehrenamtsstiftung des Bundes (Neustrelitz) als auch des Landes (Güstrow) leisten hier gute Arbeit. Die eingeführte Ehrenamtskarte wie auch die Anwendung der Übungsleiterpauschale für Kurslehrkräfte sind geeignete Mittel, um Sichtbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung zu verbessern. Die geförderte Digitalisierung der Vereinsarbeit kann dabei zusätzlich das Hauptamt und die Ehrenamtlichen entlasten. Wir möchten ehrenamtliches Engagement außerdem dadurch stärken, indem wir die Inanspruchnahme von Bildungsfreistellungen erleichtern und einen Anspruch auf Freistellung für weitere ehrenamtliche Tätigkeiten prüfen.	Das kulturelle Ehrenamt ist ein unverzichtbarer Pfeiler des gesellschaftlichen Lebens in MecklenburgVorpommern. Viele Kulturangebote im Land wären ohne das große Engagement Ehrenamtlicher nicht möglich. Dieses Engagement verdient Anerkennung, Respekt und verlässliche Unterstützung. Gerade im ländlichen Raum schaffen Ehrenamtliche kulturelle Teilhabe, Begegnung und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir wollen sie deshalb durch weniger Bürokratie, einfachere Förderverfahren, bessere Beratung, digitale Unterstützung, Qualifizierungsangebote und mehr Planungssicherheit entlasten. Gleichzeitig braucht starkes Ehrenamt verlässliches Hauptamt. Hauptamtliche Strukturen koordinieren, beraten und sichern Kontinuität. Deshalb wollen wir auch das unterstützende Hauptamt in Kulturinstitutionen, Verbänden und Fachstellen stärken.	nicht beantwortet	Das Ehrenamt ist eine tragende Säule des kulturellen Lebens in Mecklenburg-Vorpommern. Ehrenamtliche benötigen verlässliche Ansprechpartner, unbürokratische Unterstützung und Wertschätzung ihrer Arbeit. Hauptamtliche Strukturen bleiben dabei unverzichtbar, da fachliche Aufgaben dauerhaft professionell abgesichert werden müssen.
Kulturelle Bildung eröffnet Räume um kreative Ausdrucksformen zu entdecken, ihre eigene Stimme zu entwickeln, Selbstwirksamkeit zu erfahren und soziale Kompetenzen zu entwickeln. a) Wie wollen Sie die Kulturelle Bildung in MV stärken und in welchem Ressort soll sie als Querschnittsaufgabe verankert sein? b) Wie wollen Sie die Einbindung von Fachkräften der Kulturellen Bildung in den schulischen Ganztag befördern?	a) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern will die Kulturelle Bildung entlang der gesamten Bildungsbiografie stärken – von der Kita über Schule und Jugendkulturarbeit bis in die Erwachsenenbildung. Kinder und Jugendliche sollen Kunst und Kultur nicht nur konsumieren, sondern selbst gestalten können. Dafür braucht es stabile Kooperationen zwischen Bildungseinrichtungen, Kulturorten und freien Trägern sowie eine verlässliche Förderung kultureller Bildungsangebote. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 34) b) Die Linke Mecklenburg-Vorpommern will die Einbindung von Fachkräften der Kulturellen Bildung in den schulischen Ganztag systematisch stärken, indem Kooperationen zwischen Schulen, Kulturorten, freien Trägern, Künstler:innen und Fachstellen verlässlicher gefördert werden. Ganztag sollte auch Raum für kreative, kulturelle und soziale Bildung bieten. (Quelle: „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–4) Dafür braucht es aus unserer Sicht verlässliche Finanzierungsstrukturen, langfristige Kooperationsvereinbarungen und bessere Rahmenbedingungen für externe Fachkräfte im Ganztag. (Quelle: „Programm_Entwurf_Vorlage_LV“, S. 51–52; „Wahlprogramm Kultur 2026-01-15“, S. 3–4) Wichtig ist uns außerdem, kulturelle Bildung multiprofessionell zu denken. Schulen brauchen neben Lehrkräften stärker die Zusammenarbeit mit Künstlerinnen, Musikpädagog:innen, Theaterpädagog:innen, Medienpädagog:innen, Bibliotheksfachkräften oder Museumspädagog:innen. Kinder profitieren davon, unterschiedliche Perspektiven und Arbeitsweisen kennenzulernen.	a. Die SPD MV begreift die Kulturelle Bildung als ein zentrales Element der gesellschaftlichen Teilhabe, das unabhängig vom Einkommen, Alter oder Wohnort für alle Menschen zugänglich sein muss. Zur Stärkung verfolgen wir folgende Ansätze: Die Fachstelle „Kulturelle Bildung“ als zentrale Anlauf- und Beratungsstelle festigen wir weiter festigen und bauen sie bedarfsgerecht aus; In unserem Programm ist klar definiert, dass Kunst und Kultur – und damit auch die Kulturelle Bildung – eine Querschnittsaufgabe aller Ressorts ist; wir fördern Kulturelle Bildung generationsübergreifend - an Kitas, Schulen, Hochschulen sowie an außerschulischen Lernorten. Dazu gehört auch die Unterstützung von Projekten, die Demokratie und Vielfalt durch künstlerische Ausdrucksformen stärken b. Um die Kulturelle Bildung fest im Schulalltag zu verankern, setzen wir auf eine enge Verzahnung von Bildungsangeboten mit der Ganztagsschule. Dies soll durch folgende Maßnahmen befördert werden: - Kooperationsmodelle: Ganztagsschulen sollen durch die Zusammenarbeit mit Vereinen, Verbänden und kulturellen Institutionen bereichert werden. Wir unterstützen Schulen dabei, Angebote für außerunterrichtliche Lernförderung mit externen Partnern zu entwickeln. Außerschulische Partnerinnen und Partner sollen dabei als gleichberechtigte Bildungspartner anerkannt werden. - Finanzierung über Lehrerstunden: Wir begrüßen und unterstützen ausdrücklich, dass Musikschulen und andere Träger kulturelle Bildung im Ganztag anbieten. Dies kann bereits jetzt gezielt mit Mitteln aus kapitalisierten Lehrerstunden finanziell unterlegt werden. - Planungssicherheit für Träger: Die Ganztagsfinanzierung soll so ausgestaltet werden, dass kulturelle, soziale und sportliche Träger in die Lage versetzt werden, langfristig sicher planbare und dauerhafte Angebote bereitzustellen. - Strukturelle Zusammenarbeit: Wir wollen die Kooperation zwischen Schulträgern und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe (zu denen viele kulturelle Bildungsakteure gehören) weiter ausbauen, um ein ganztätiges Lernen „aus einem Guss“ zu ermöglichen.	a) Kulturelle Bildung ist ein Scheck auf die Zukunft. Im Bildungsbereich leistet sie wertvolle (Selbst-)Ermächtigungsarbeit. Mit lokalen und regionalen Bildungspartnerschaften zwischen Institutionen und Bildungsträgern kann dieser Prozess aktiver gestaltet werden. Wenn der derzeitige Ressortzuschnitt Bestand hat, sollte die Zuständigkeit für Kulturelle Bildung im Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten verbleiben und die Kooperation mit dem Ministerium für Bildung und Kindertagesförderung verbessert werden. Sie in einem Ministerium zu bündeln, wäre ideal. b) Siehe auch Frage 9b Regional gut verankerte Strukturen ermöglichen den Transfer von Praxiswissen in die Ganztagsangebote. Durch Bildungsmessen mit Vereinen und Kunstschaffenden und im Rahmen der Angebote der Musik- und Jugendkunstschulen, die direkt in den Ganztagsprogrammen verankert werden können, befördert sich die Einbindung von Fachkräften am besten.	a) Kulturelle Bildung stärkt Kreativität, Selbstwirksamkeit, soziale Kompetenzen und demokratische Teilhabe. Sie ermöglicht jungen Menschen, eigene Perspektiven zu entwickeln und sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Für uns ist sie deshalb ein zentraler Bestandteil ganzheitlicher, chancengerechter Bildung. Wir wollen kulturelle Bildung langfristig stärken, indem Kultur- und Bildungseinrichtungen besser vernetzt, außerschulische Angebote verlässlicher gefördert und kulturelle Teilhabe unabhängig vom Wohnort ermöglicht werden. Gerade im ländlichen Raum leisten Musikschulen, Jugendkunstschulen, Bibliotheken, Theater, Museen und soziokulturelle Zentren dabei wichtige Arbeit. Kulturelle Bildung muss aus unserer Sicht als ressortübergreifende Aufgabe insbesondere in Kultur und Bildung verankert werden. Wichtig ist uns dabei der enge Dialog mit den Fachstellen, Verbänden und Akteuren vor Ort, die die praktische Expertise einbringen. b) Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Akteuren der kulturellen Bildung stärken und den Zugang zu Kooperationen erleichtern. Fachkräfte der kulturellen Bildung bringen wichtige kreative, soziale und pädagogische Kompetenzen in den Ganztag ein und ergänzen schulische Bildung sinnvoll. Dafür braucht es aus unserer Sicht verlässliche Kooperationsstrukturen, weniger bürokratische Hürden, faire Rahmenbedingungen und eine bessere Planbarkeit für Schulen und Kulturakteure. Schulen sollten mehr Freiräume erhalten, um gemeinsam mit regionalen Partnern passgenaue kulturelle Angebote entwickeln zu können.	nicht beantwortet	a) Kulturelle Bildung soll insbesondere die Vermittlung regionaler Kultur, Geschichte, Musik, Sprache und Traditionen stärken. Sie sollte vor allem im Bildungsressort verankert sein, zugleich aber auch mit Kultur- und Jugendpolitik zusammenwirken. b) Kooperationen zwischen Schulen, Vereinen, Musikschulen, Museen und Kulturschaffenden sollten ausgebaut werden. Dabei ist darauf zu achten, dass regionale Angebote gestärkt und bestehende Strukturen sinnvoll eingebunden werden.

Fragen / Fraktionen	Die Linke	SPD	Bündnis90 / Die Grünen	FDP	CDU	AfD
Schlussbemerkungen	<i>Die Linke Mecklenburg-Vorpommern steht für eine Kulturpolitik, die Kultur als öffentliche Aufgabe begreift und dauerhaft absichert. Die Förderung der Künste und der Kultur in ihrer ganzen Vielfalt ist für uns Linke eine verpflichtende Aufgabe des Staates in allen seinen Gliederungen. Wir wollen die Aufnahme eines Staatsziels Kultur ins Grundgesetz und ein spartenübergreifendes Kulturförderungsgesetz für unser Land M-V. Denn entscheidend ist, dass Länder und Kommunen über ausreichend Mittel verfügen, um ihre Aufgabe in der Daseinsvorsorge erfüllen zu können. Gleichzeitig setzt sich Die Linke für eine gerechtere Verteilung gesellschaftlichen Reichtums ein, um die öffentliche Hand finanziell stärker handlungsfähig zu machen. Dazu gehören insbesondere höhere Einnahmen durch eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und hoher Erbschaften. Gleichzeitig wollen wir niedrige und mittlere Einkommen gezielt entlasten. Für uns gehören soziale Gerechtigkeit, kulturelle Teilhabe und eine verlässliche öffentliche Finanzierung kultureller Infrastruktur unmittelbar zusammen.</i>					